

31. ordentlicher Landesparteitag der FDP Brandenburg am 03. September 2022

Beschluss

Seite 1 von 3

1 **BETR.: Die Jugend von heute will Politik mitgestalten!**

2 **Antragsteller: Kreisverband Lausitz**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 Die FDP Brandenburg steht für eine Politik, die die Bedürfnisse und Interessen von jungen
5 Menschen beachtet und einbezieht. Insbesondere in der Stadt- und Kommunalpolitik ist die
6 Stimme kommender Generationen von großer Bedeutung.

7 Es braucht eine rechtliche Definition des Begriffs „Jugendbeteiligung“ bzw. „Jugendvertretung“
8 und ein umfassendes Neu - Denken im politischen Umgang mit Jugendlichen.

9 Nach baden-württembergischem Vorbild fordern wir eine Ergänzung des § 18a: „Beteiligung
10 und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen“ in der Brandenburger Gemeindeordnung (GO)
11 und Landkreisordnung (LKO) durch:

12 Nach baden-württembergischem Vorbild fordern wir eine Ergänzung des § 18a: „Beteiligung
13 und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen“ in der Brandenburger Gemeindeordnung (GO)
14 und Landkreisordnung (LKO) durch:

15 (6) Wird eine Jugendvertretung auf Initiative der Stadt bzw. Gemeinde gegründet, sind
16 Jugendliche an dem Prozess zu beteiligen. Insbesondere kann die Gemeinde ein
17 Jugendparlament einrichten.

18 (7) In der Geschäftsordnung ist die Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den
19 Sitzungen des Gemeinderats in Jugendangelegenheiten zu regeln; insbesondere sind ein
20 Rederecht, ein Anhörungsrecht, ein Informations- bzw. Anfragerecht und ein Antragsrecht
21 vorzusehen.

22 (8) Der Jugendvertretung sind angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Über
23 den Umfang entscheidet der Gemeinderat im Rahmen des Haushaltsplans. Über die
24 Verwendung der Mittel ist ein Nachweis zu führen.”

25 Entsprechende Formulierungen sind durch die Landesregierung zu prüfen und in die
26 Brandenburger Kommunalverfassung zu integrieren.

27 Die strukturellen Formen der Beteiligung junger Menschen sind vielfältig. Die Formen der
28 Kinder- und Jugendbeteiligung müssen an altersspezifischen Gegebenheiten, regionale und
29 thematische Voraussetzung angepasst werden. Als Aufgabenträger für den Übergang
30 verschiedener Beteiligungsformen zum Jugendparlament sehen wir das “Kompetenzzentrum
31 Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg” welches seit Ergänzung des § 18a
32 Jugendvertretungen im Land Brandenburg untereinander vernetzt und unterstützt. Zukünftig
33 soll das Kompetenzzentrum beim Aufbau neuer Strukturen der Jugendbeteiligung
34 unterstützend und beratend aktiv werden und die flächendeckende Umsetzung der Pflicht der
35 Schaffung von Jugendbeteiligungsmöglichkeiten zu kontrollieren. Sollten sich Gemeinden bzw.
36 Städte weigern konkrete Jugendbeteiligungsmöglichkeiten (z.B. ein Jugendparlament) zu
37 etablieren, muss das Land Brandenburg weisend aktiv werden. Dazu muss das Budget des
38 Kompetenzzentrum deutlich erhöht werden.

39 Wir halten es für unabdingbar, dass es in den größten Städten Brandenburgs Jugendparlamente
40 geben muss. Ab einer Größe von 25.000 Einwohnern, ist die Stadt verpflichtet, ein
41 Jugendparlament zu beauftragen. Der Aufbau - Prozess hat unter Beteiligung der Stadt und
42 Jugendlichen zu gleichen Teilen zu geschehen. Dem Jugendparlament sind dabei genügend
43 finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, dabei soll das Mindestbudget bei 5000 € liegen. Es
44 ist dabei von großer Bedeutung, dass den Jugendlichen möglichst viel politischer Spielraum für
45 Eigeninitiative und Selbstständigkeit gelassen wird.

46 Wir halten es für unabdingbar, dass es in den größten Städten Brandenburgs Jugendparlamente
47 geben muss. Ab einer Größe von 25.000 Einwohnern, ist die Stadt verpflichtet, ein
48 Jugendparlament zu beauftragen. Der Aufbau - Prozess hat unter Beteiligung der Stadt und
49 Jugendlichen zu gleichen Teilen zu geschehen. Dem Jugendparlament sind dabei genügend
50 finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, dabei soll das Mindestbudget bei 5000 € liegen. Es

51 ist dabei von großer Bedeutung, dass den Jugendlichen möglichst viel politischer Spielraum für
52 Eigeninitiative und Selbstständigkeit gelassen wird.